

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

11. Sitzung
am Donnerstag, dem 7. November 1996, 10.00 Uhr,
Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

in Vertretung von Ursula Kähler

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Angelika Volquartz (CDU)

in Vertretung von Reinhard Sager

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Bernd Saxe (SPD)

Landtagsverwaltung

MR Rüdiger Breitkopf

Weitere Anwesende

Tagesordnung:

- 1. Berichtspflichten der Landesregierung nach § 114 Abs. 4 LHO in bezug auf die Bemerkungen 1994 - inclusive Nachtrag - und 1995 hier: Umdrucke 14/35, 14/52 und 14/53** **4**
Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein
Umdruck 14/173
- 2. Bericht des Ministers für Finanzen und Energie bezüglich der Umsetzung des Spielbankgesetzes** **5**
Schreiben der F.D.P.-Fraktion vom 1. Oktober 1996
Umdruck 14/156
- 3. Stellungnahme der Landesregierung zur finanziellen Förderung des diesjährigen "Jugend-Umweltjahrmarktes" in Bad Oldesloe und Prüfung der Möglichkeit der Mittelrückforderung** **6**
- 4. Errichtung einer Landesvertretung in Berlin** **9**
Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie
Umdruck 14/176
- 5. Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000** **10**
Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/300
und
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/240
hierzu: Umdruck 14/238
| **Grundsätzliches**
- 6. Information/Kenntnisnahme** **13**
- 7. Verschiedenes** **13**

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10.05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Berichtspflichten der Landesregierung nach § 114 Abs. 4 LHO in bezug auf die Bemerkungen 1994 - inclusive Nachtrag - und 1995;
hier: Umdrucke 14/35, 14/52 und 14/53**

Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein
Umdruck 14/173

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden und überträgt die Beratung der Vorlagen der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung".

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht des Ministers für Finanzen und Energie bezüglich der Umsetzung des Spielbankgesetzes

Schreiben der F.D.P.-Fraktion vom 1. Oktober 1996

Umdruck 14/156

MDgt Lutz erinnert daran, daß das neue Spielbankgesetz am 30. Dezember 1995 in Kraft getreten sei. Es sehe in Abweichung vom alten Recht vor, daß Spielbanken künftig nur noch von Gesellschaften betrieben werden dürften, die ausschließlich oder überwiegend im Eigentum des Landes oder einer Anstalt des öffentlichen Rechts stehen. Als Standorte seien Lübeck-Travemünde und Westerland festgeschrieben; darüber hinaus sei im Gesetz gesagt, daß derjenige, der Spielbanken betreibe, Anträge auf Errichtung weiterer Spielbanken stellen dürfe.

Die bisherigen Konzessionen für Lübeck-Travemünde und für Westerland liefen bis 30. September 1997. Das neue Gesetz sehe ausdrücklich vor, daß die alten Konzessionen vorerst in Kraft blieben; es gebe keine Hinweise, daß die Konzessionen vorzeitig zurückgegeben würden.

Die Landesbank Schleswig-Holstein habe dem Innenminister gegenüber erklärt, sie werde nach Ablauf der bestehenden Konzessionen die Spielbanken in Lübeck-Travemünde und in Westerland betreiben und das dortige spieltechnische Personal einstellen. Diese Erklärung habe sie mit dem Antrag auf Konzessionierung einer Spielbank in Schenefeld verbunden.

Die Landesbank habe zwischenzeitlich eine Spielbank-GmbH mit Sitz in Kiel gegründet, die Komplementärin für Kommanditgesellschaften sein solle, die für den jeweiligen Spielbankstandort gegründet werden sollen. Für Schenefeld gebe es bereits eine solche GmbH & Co. KG; sie habe am 12. Juli 1996 eine Konzession für den Betrieb einer Spielbank in Schenefeld erhalten und werde am 1. März 1997 den Spielbetrieb aufnehmen. Vorgesehen seien die klassischen Spielbankspiele sowie Automatenspiele in enger räumlicher Verbindung im Obergeschoß des Einkaufszentrums Schenefeld.

Der Ausschuß nimmt diesen Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Stellungnahme der Landesregierung zur finanziellen Förderung des diesjährigen "Jugend-Umweltjahrmarktes" in Bad Oldesloe und Prüfung der Mittelrückforderung

Stin Müller berichtet, das Ministerium habe auf Pressemeldungen hin, wonach bei dem Jugend-Umweltjahrmarkt in Bad Oldesloe ein Gewalttraining vorgenommen und zu Unrechtshandlungen aufgerufen worden sei, in der Weise reagiert, daß in eine Prüfung eingetreten worden sei, ob Mittel zurückbehalten werden könnten. Das Jugendministerium habe zusammen mit dem Umweltministerium in dieser Angelegenheit Kontakte zu dem Träger, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie Mitgliedern der Organisation aufgenommen und sei darüber informiert worden, daß die Presseberichte "nur zum kleinsten Teil" zuträfen. Richtig sei, daß eine Broschüre verteilt worden sei "mit Rezepten, wie Bahngleise zersägt werden, und ähnliches", allerdings sei auch dies nicht mit Einverständnis des Veranstalters geschehen. Der Veranstalter habe dem Ministerium versichert, daß er die Verteilung der Broschüre unterbunden hätte, wenn er davon Kenntnis gehabt hätte, wie dies in einem anderen Fall geschehen sei.

Ähnliches - so trägt Stin Müller weiter vor - habe sich bei einer Veranstaltung vor einem Jahr ereignet, und der Träger habe daraufhin versprochen, künftig Angehörige der Polizei an derartigen Veranstaltungen zu beteiligen. Dies sei nicht geschehen. Wegen dieses organisatorischen Mangels bei der Vorbereitung habe man sich mit dem Veranstalter darauf verständigt, daß von dem 7500-DM-Zuschuß des Jugendministeriums und dem 10 000-DM-Zuschuß des Umweltministeriums jeweils 1000 DM, zusammen also 2000 DM, zurückgefordert werden.

Auf eine Frage der Abg. Peters antwortet Stin Müller, die Landesregierung gehe davon aus, daß sich der Veranstalter an diese mündliche Vereinbarung auch tatsächlich halten werde. Eine rechtliche Grundlage für eine Rückforderung der Mittel in voller Höhe sei nicht gegeben, da die fragliche Veranstaltung lediglich 1/70 des gesamten Umweltjahrmarktes ausgemacht habe.

Der Vorsitzende bittet, dem Ausschuß den Zuwendungsbescheid zuzuleiten. - Stin Müller sagt dies zu.

Abg. Heinold nimmt Bezug auf eine Bemerkung des Abg. Stritzl und legt dar, daß angesichts des von Stin Müller genannten Anteils der Veranstaltung am gesamten Jugend-Umweltjahrmarkt eine Rückzahlung des Förderbetrages in voller Höhe nicht in Betracht kommen könne. Eine begleitende Überprüfung der gesamten Veranstaltung komme schon deswegen nicht in Betracht, weil gerade Jugendveranstaltungen über eine gewisse Autonomie bei der Erarbeitung und Durchführung des Konzeptes verfügen müßten. Stin Müller ergänzt, daß Rollenspiele mit der Zielsetzung der Deeskalation bei Demonstrationen eine sinnvolle pädagogische Maßnahme seien, die auch künftig ihren Platz im Rahmen eines Jugend-Umweltjahrmarktes haben sollten und von der Landesregierung auch gefördert würden. Abg. Stritzl zeigt sich erstaunt darüber, daß Deeskalationsübungen nach Einschätzung der Landesregierung förderungswürdige Veranstaltungen seien.

Abg. Stritzl interessiert sich für Einzelheiten der Absprachen und Vereinbarungen mit dem Veranstalter des Jugend-Umweltjahrmarktes. Stin Müller teilt mit, daß es darüber ein Protokoll gebe. Abg. Stritzl bittet daraufhin, dem Ausschuß dieses Protokoll zur Verfügung zu stellen.

ORR Edelmann greift Bemerkungen der Abgeordneten Stritzl und Heinold auf und betont, daß eine durchgängige Kontrolle, die eine ständige Präsenz erforderte, einfach nicht leistbar sei. Der von der Jugendbehörde Hamburg für diesen Bereich zuständige Mitarbeiter habe anlässlich eines Informationsbesuches "keinerlei negativen Eindruck von dieser Veranstaltung gewonnen". In ähnlicher Weise habe sich das örtliche Jugendamt geäußert.

Abg. Stritzl nimmt Bezug auf die Mitteilung von Stin Müller, daß sich ein ähnlicher Vorgang bereits im Vorjahr ereignet habe, und fragt, ob dieser Umstand Gesprächsgegenstand bei der Vorbereitung der diesjährigen Veranstaltung gewesen sei. ORR Edelmann antwortet, daß von seiner Seite keinerlei Sanktionen ins Gespräch gebracht worden seien. Die Zusammenarbeit mit dem Veranstalter sei "in der Regel gut". Abg. Stritzl fragt daraufhin, wie es angesichts dieser Bewertung dennoch zu einem Vertrauensbruch habe kommen können. ORR Edelmann antwortet, daß diejenigen, die mit ihm in dieser Angelegenheit kooperierten, "den Vorfall außerordentlich bedauern". Auf eine Bemerkung der Abg. Peters fügt er hinzu, eine ständige Kontrolle komme auch deswegen schon nicht in Betracht, "weil damit die Arbeit kaputtgemacht wird".

Abg. Heinold bezeichnet die Argumentation der Abgeordneten Stritzl und Peters als "eigenartig" und appelliert an die Landesregierung, auch künftig von Auflagen und Kontrollen der geforderten Art abzusehen und die Durchführung derartiger Jugendveranstaltungen auch wirklich den Jugendlichen selbst zu überlassen.

Auf eine Frage des Abg. Stritzl antwortet Stin Müller, daß zu künftigen Jugend-Umweltjahrmärkten auch Polizisten und Polizeipsychologen hinzugezogen werden sollen. Außerdem sei angeregt worden, die Medien in geeigneter Form zu beteiligen, um von vornherein eine objektive Berichterstattung zu gewährleisten.

Auf eine Frage des Abg. Stritzl stellt Stin Müller heraus, daß der Tenor der Berichterstattung in nahezu allen Punkten vom tatsächlichen Geschehen abweiche. Abg. Stritzl bezeichnet diese Antwort als nicht zufriedenstellend und bittet um eine schriftliche Darstellung des Geschehensablaufs. - Stin Müller sagt dies zu.

Abg. Neugebauer hält die Dimension der Diskussion für völlig überzogen vor dem Hintergrund der Tatsache, daß selbst der Veranstalter sein Bedauern über den Vorfall zum Ausdruck gebracht habe und daß sich das kritikwürdige Vorkommnis während eines von 70 Projekten abgespielt habe. Abg. Astrup schließt sich dieser Bewertung an und empfiehlt, den Gepflogenheiten des Finanzausschusses treuzubleiben und sich auf finanzielle Themen zu konzentrieren; die fachliche Diskussion sollte im zuständigen Fachausschuß geführt werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Errichtung einer Landesvertretung in Berlin

Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie
Umdruck 14/176

MDgt Schönborn erläutert die Vorlage.

M Möller greift eine Bemerkung von VP Dr. Schmidt-Bens auf und stellt heraus, daß das vorgestellte Projekt für die Landesregierung "die drittbeste Lösung" darstelle und daß die Zusammenarbeit mit möglichst einem weiteren norddeutschen Bundesland angestrebt werde.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage - wie der Vorsitzende feststellt - zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/300

und

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997
(Haushaltsgesetz 1997)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/240

I Grundsätzliches

Abg. Stritzl eröffnet die Grundsatzaussprache über den Haushaltsentwurf 1997 mit Fragen nach der Einnahmenentwicklung des Jahres 1996 und nach den zusätzlichen Risiken für den Haushaltsentwurf vor dem Hintergrund des Jahressteuergesetzes und der bevorstehenden Steuerschätzung.

M Möller erklärt sich außerstande, hierzu eine detaillierte Aussage zu machen, und betont, daß Haushaltsrisiken von ihm zu keinem Zeitpunkt verhehlt worden seien. Nach dem augenblicklichen Stand der Dinge könnten die erbetenen Angaben selbst nicht im Zuge der Nachschiebeliste gemacht werden. Aussagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt seien nichts anderes als "Kaffeersatzleserei".

Abg. Kubicki schließt sich dieser Bewertung an mit dem Hinweis darauf, daß der Landtag "angesichts der Finanzpolitik auf Bundesebene bis Ende Dezember im Nebel herumstochern" werde. Auch Abg. Neugebauer steht auf dem Standpunkt, daß die derzeitige Finanzpolitik der Bundesregierung für den Haushaltsentwurf 1997 ein hohes Risiko bedeute.

Abg. Neugebauer erklärt - unterstützt von M Möller -, er vermisse die Unterstützung der Oppositionsfraktionen, auf Bundesebene die Belastung der Länder zu minimieren. Im Gegenzug fordert Abg. Stritzl die Unterstützung der Bonner Oppositionsfraktionen bei der Umsetzung der Sparvorschläge der Bundesregierung ein.

P Dr. Korthals stellt eingangs seiner Kritik am Haushaltsentwurf 1997 heraus, daß der Landesrechnungshof nicht nur für die Prüfung des Haushaltsvollzuges zuständig sei, sondern nach der Landesverfassung auch die Aufgabe habe, "die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes" zu überwachen. Unabdingbar seien Transparenz und Offenheit hinsichtlich der Bewertung der Eckdaten. Dies sei aber nicht gegeben. So werde erstens der Eindruck erweckt, als werde die Neuverschuldung zurückgeführt; das Gegenteil sei der Fall. Zweitens werde der Eindruck erweckt, als werde der Personalbestand in den kommenden Jahren um 1600 Mitarbeiter zurückgeführt; in Wirklichkeit werde nicht eine einzige Stelle eingespart, deren Einsparung nicht schon für 1996 vorgesehen gewesen sei. Drittens werde behauptet, daß die Investitionen auf dem Stand von 1996 gehalten würden; in Wirklichkeit sänken die Investitionen, obwohl die Investitionsquote in einer Weise berechnet worden sei, die aus der Sicht des Landesrechnungshofs höchst problematisch sei und letztlich dazu führe, daß konsumtive Ausgaben sowie Zinsen über Kredite finanziert würden.

Im Zuge seiner Ausführungen nimmt P Dr. Korthals wiederholt Bezug auf Textziffer 9 der Bemerkungen 1996, Haushalte 1995, 1996 und Finanzplan 1995 bis 1999, und betont, daß bei der Beratung der Einzelpläne hinreichend Gelegenheit sein werde, die Thematik zu vertiefen.

M Möller merkt in seiner Replik auf die Ausführungen von P Dr. Korthals an, der Landesrechnungshof lasse bei seiner Kritik völlig unberücksichtigt, daß Schleswig-Holstein 1995/96 sowohl strukturell als auch konjunkturell nicht unerhebliche Steuereinbrüche zu verzeichnen gehabt habe, die das Land in dem Bemühen um Haushaltskonsolidierung stark zurückgeworfen hätten.

Abg. Kubicki erklärt, Schleswig-Holstein befinde sich in einer sensiblen finanzwirtschaftlichen Situation. Seine Kritik an Bonner Entscheidungen falle besonders massiv aus, weil durch die vorgeschlagene Art der finanzwirtschaftlichen Erörterung Unruhe und Unsicherheit produziert würden, statt daß für Verstetigung gesorgt werde. Abg. Neugebauer fügt hinzu, daß der Haushaltsentwurf 1997 und die mittelfristige Finanzplanung nicht isoliert betrachtet werden dürften, da sie in die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Bundes eingebettet seien; der Gestaltungsspielraum des Landes sei außerordentlich gering.

Abg. Heinold bezeichnet die terminliche Verschiebung der Entscheidungen in Bonn insbesondere bei der Beratung des Jahressteuergesetzes als nicht hinnehmbar.

Abg. Stritzl bittet, dem Ausschuß die Stellungnahme der Landesregierung zum Thema Vermögensteuer zuzuleiten, und kritisiert, daß die frühzeitig erbetene Einschätzung der

Landesregierung zu den Folgewirkungen des Jahressteuergesetzes und Angaben über den Stand der Diskussion zur Steuerreform dem Ausschuß nicht vorgelegt worden seien.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die Vorlage Umdruck 14/177 zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Abg. Stritzl mahnt die Beantwortung der in der 9. Sitzung am 24. Oktober gestellten Frage nach den personellen und kostenmäßigen **Auswirkungen des Wegfalls der Vermögensteuererhebung auf die Finanzämter** an.

M Möller legt dar, daß er sich zu einer Antwort außerstande sehe, da eine Kleine Anfrage des Abg. Kayenburg zum selben Thema eingegangen sei.

Der Vorsitzende stellt klar, daß Abg. Stritzl seine Frage vor der Einreichung der Kleinen Anfrage gestellt habe, und empfiehlt die Behandlung dieser Angelegenheit im Zusammenhang mit der Beratung des Einzelplans 05. - M Möller erklärt sich damit einverstanden.

b) Der Vorsitzende teilt mit, daß als Termin für ein **Gespräch mit Vertretern der schleswig-holsteinischen Werften** Donnerstag, der 12. Dezember 1996, 18.30 Uhr - im Anschluß an die Landtagssitzung -, vereinbart worden sei.

c) Der Vorsitzende stellt klar, daß in Umdruck 14/191 - wie sich schon aus der Überschrift ergebe - lediglich die Termine des Finanzausschusses für die **Beratung des Haushaltsentwurfs 1997** wiedergegeben seien; die darüber hinaus bereits vereinbarten **Termine** behielten selbstverständlich ihre Gültigkeit.

Der Vorsitzende merkt weiter an, daß die Einzelplanberatung sowohl die Sachtitel als auch die Personaltitel sowie das einschlägige Hochbaukapitel umfasse.

d) M Möller gibt bekannt, daß die Verhandlungen über die Veräußerung der **Liegenschaft Blumenburg** als gescheitert angesehen werden müßten. Die Investorengruppe habe innerhalb der ihr gesetzten Frist mitgeteilt, daß sie eine Zusage für bestenfalls 20 bis 30 sogenannte Schmerzbetten geben könne; dafür sei die Liegenschaft aber viel zu groß. Nach seiner Einschätzung spielten bei diesem Angebot die Rahmenbedingungen des Gesundheitsstrukturgesetzes eine nicht unerhebliche Rolle.

Angesichts dieser Sachlage bittet M Möller den Finanzausschuß um das Einverständnis, mit einer anderweitigen Vermarktung der Liegenschaft einverstanden zu sein. - Der Vorsitzende stellt dieses Einverständnis fest.

e) Abg. Kubicki bittet, den finanzpolitischen Sprechern die Ergebnisse der **November-Steuerschätzung** unmittelbar nach ihrer Bekanntgabe zuzuleiten. - M Möller sagt dies zu.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12.50 Uhr.

gez. Hay
Vorsitzender

gez. Breitkopf
Geschäfts- und Protokollführer